



## ÖDP Bayern – Landeshauptausschuss Straubing 24.10.2020

### Rede Klaus Mrasek (Auszug)

#### **Corona-Pandemie – Katastrophenfall in Bayern:**

Einen Tag nach der Kommunalwahl wurde in ganz Bayern erstmalig der Katastrophenfall ausgerufen. Durch die getroffenen Maßnahmen und das vernünftige Verhalten der ganz überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ist es gelungen, die Kurve so abzuflachen, dass in Bayern und in Deutschland Triage-Situationen im Gesundheitssystem vermieden werden konnten.

Der Landesvorstand hat sich dann nach einer Orientierungsphase (die hat jeder von gebraucht als Person und auch im Gremium) mit den Konsequenzen aus der Corona-Pandemie beschäftigt, die aus unserer Sicht erforderlich sind:

#### 1. Versorgungssicherheit – egal, was kommt!

Resilienzanalyse: Dazu sind nicht nur die medizinischen Strukturen, sondern z. B. auch die Energie- und die Nahrungsmittelversorgung auf „Verletzlichkeit“ bzw. Krisenfestigkeit zu prüfen. Erkannte Schwachstellen sind zügig zu heilen.

Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit in existenziellen Krisen, ist ab sofort als wichtiges politisches Grundsatzziel zu definieren.

#### 2. Profitmaximierung und Marktgläubigkeit sind keine Lösung!

Die aktuelle Corona-Krise zeigt auf, dass man auch in einer globalisierten Wirtschaft im Notfall eine Reduzierung, ja sogar einen weitreichenden Stillstand des wirtschaftlichen Systems gezielt herbeiführen muss, um fundamentale Werte wie Leben und Gesundheit zu schützen.

**Mensch vor Profit!!!**

Trotz fehlenden Wachstums, ja sogar bei massiven Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts, müssen die zentralen Teile der Daseinsvorsorge (Strom-, Wasser-, Lebensmittelversorgung, Krankenhäuser...) und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für die gesamte Bevölkerung erhalten bleiben. Dies erfordert eine Abkehr von der extremen Marktorientierung (z. B. im Gesundheitswesen oder auch in der Landwirtschaft).

#### 3. Gemeinwohl- und Postwachstumsökonomie statt ewigen Wachstumes!

Es ist zu erwarten, dass der offene Ausbruch der eigentlich schon laufenden weltweiten Klimakrise ganz ähnliche Maßnahmen auf Dauer erforderlich machen, wie sie heute wegen Corona auf Zeit ergriffen wurden. Dabei wird es nicht nur um die Reduzierung der Freizeit-Mobilität (Fernreisen!) gehen, sondern z. B. auch um die umfassende Veränderung der Landwirtschaft und um die drastische Einschränkung der Produktion von energie- und rohstoffintensiven Wegwerfartikeln und ineffizienten Geräten (z. B. hochmotorisierte PKW).

Für den Erhalt einer lebenswert-freiheitlichen Gesellschaft in einer stark reduzierten Produktionswelt kann es nur eine Lösung geben:

Die radikale Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl. Eine „Wirtschaft des guten Lebens“ jenseits des nicht mehr länger haltbaren Wachstumsdogmas muss auf die Konzepte der Gemeinwohl- und der Postwachstumsökonomie aufbauen.

#### 4. Sorgearbeit ist systemrelevant!

Die aktuelle Krise zeigt auch, welche große Bedeutung die personenbezogene Sorgearbeit für das Wohlbefinden der Menschen hat. Die bisherigen Organisationsformen dieser Dienste sind unzureichend: Dies zeigt sich nicht nur bei der Kinderbetreuung nach dem Schließen der öffentlichen Kitas und der Schulen, sondern vor allem auch bei der institutionellen bzw. häuslichen Pflege von alten Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Defizite bestanden schon vor der Corona-Krise. Es ist deshalb erforderlich, die „Strukturen der Sorge“ neu zu denken.

Überfällig ist die Einführung eines Familiengehalts für alle Menschen, die wegen der Übernahme von familiär-häuslicher Sorgearbeit für Kinder und Pflegebedürftige auf anderweitige Erwerbsarbeit verzichten.

#### 5. Alltagskompetenz als Bildungsziel!

Das auf die „Alltagskompetenz“ gerichtete Bildungsziel von Art. 131 Abs. 4 der Bayerischen Verfassung muss künftig ernsthafter beachtet und endlich praktisch in allen Schularten umgesetzt werden: Die aktuelle Krise zeigt nämlich, wie wichtig Alltagskompetenzen (richtiger Umgang mit Lebensmitteln und deren Herkunft, Kochen, Hauswirtschaft...) von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Zeiten sind, in denen eigenverantwortliches Leben die „neue Normalität“ ist.

#### 6. Steuerreform für Arbeit und Umwelt!

Auf jeden Fall müssen alle Branchen und Wirtschaftsbereiche mit hohem Einsatz von menschlichen Arbeitskräften finanziell entlastet werden, damit sie endlich mit weit mehr Personal die nötigen Leistungen sicher erbringen können. Eine wesentliche Maßnahme wird sein, die Finanzierung des Sozialstaates nicht mehr über Lohn-Nebenkosten, sondern über Nebenkosten des Kapitalertrages bzw. des Energie- und Rohstoffeinsatzes vorzunehmen (ökologisch-soziale Steuer- und Abgabenreform).

#### 7. Der Mensch – ein individuelles und soziales Wesen!

Die aktuelle Krisenerfahrung muss eine längst überfällige Korrektur der Grundlagen der Politik herbeiführen: Die letzten Jahrzehnte waren weltweit davon geprägt, die individuelle „Selbstverwirklichung“ zu Lasten des gesellschaftlichen Zusammenhalts ins Extrem zu steigern. Das Gemeinwohl als Ziel des politischen und wirtschaftlichen Handelns geriet in den Hintergrund und wurde von extrem-liberalen Sichtweisen überlagert.

Dabei ist der Mensch immer beides – individuell und sozial. Den Vätern der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes war diese Doppelnatur des Menschen eindeutig bewusst, deshalb formulierten sie die verfassungsrechtlichen Grundlagen in diesem Wissen.

Die Krise zeigt auf, dass Abwägungsprozesse manchmal auch zugunsten sozialer Erfordernisse entschieden werden müssen.

#### **Reaktion auf Corona-Verschwörungsmythen:**

Im Landesvorstand erreichen uns immer wieder Zuschriften, die sich gegen die Corona-Politik wenden, von der Kritik an einzelnen Maßnahmen bis hin zu abstrusesten Verschwörungsmythen. Zu einzelnen Kritikpunkten und unserer Antwort darauf:

### 1. AHA-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmasken) sind sinnlos:

Wir halten ein Ignorieren des Infektionsrisikos für unverantwortlich. Deshalb war und ist der „alte Normalzustand“ für uns derzeit keine Alternative. Natürlich stellen die AHA-Regeln eine Belastung im Alltag dar. Die Frage ist nur, ob der Verzicht auf die ergriffenen Maßnahmen die Lage wirklich bessern würde. Vorschläge, wie auf andere Weise als durch Abstandhalten, Mund-Nasen-Schutz und die eigentlich ohnehin üblichen Hygienemaßnahme (wie z. B. gründliches Händewaschen) dem Infektionsrisiko Widerstand geleistet werden könnte, werden nicht benannt. Dass der Mund-Nase-Schutz wirkungslos ist, wird durch häufige Wiederholung nicht richtiger: Alleine die Tatsache, dass im Frühjahr nach Einführung der AHA-Regeln die jahreszeitlich auf den Höhepunkt zulaufende Influenza-Welle weitgehend zum Erliegen gekommen ist, zeigt, dass die vielgescholtene Maske sehr wohl die Verbreitung von Viren eindämmen kann.

### 2. Wir sind das Volk:

Die ÖDP soll sich auf die Seite „der Bevölkerung“ zu stellen.

Alle Mitglieder einer Partei sind selbstverständlich auch Teil der deutschen Bevölkerung. Deshalb ist es nicht hilfreich, wenn Teile der Bevölkerung so tun, als seien sie selbst als Meinungsgruppe nicht Teil, sondern das Ganze der Gesellschaft und des Volkes!

Nach wie vor gibt der überwältigende Großteil der Bevölkerung im Bund und in Bayern bei Umfragen an, mit dem Handeln der Regierung und Verwaltung in der Coronakrise „zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“ zu sein.

### 3. Mit Corona kommt die Impfpflicht:

Die ÖDP lehnt seit vielen Jahren in ihrem Programm eine Impfpflicht ab, steht aber dazu, dass Impfungen auf freiwilliger Basis in vielen Fällen sinnvoll sind und auch eine Leistung des einzelnen für die Allgemeinheit sein können. Besonders absurd scheint zu sein, dass Leute von einer Corona-Impfpflicht reden, obwohl auf absehbare Zeit kein Impfstoff zur Verfügung stehen wird. Für den Fall, dass ein solcher zugelassen werden kann, werden wohl auf lange Zeit nicht für alle Impfwilligen genug Dosen lieferbar sein, weshalb wohl eher die Frage auftauchen wird, wer bei der Impfung bevorzugt wird...

### 4. Wir befinden uns auf den Weg in diktatorische Verhältnisse:

Diesen Vorwurf weisen wir nachdrücklich zurück, insbesondere Vergleiche, die die heutigen Verhältnisse sogar in die Nähe der nationalsozialistischen Unrechtszeit rücken. Wenn man weiß, welche Verbrechen in der NS-Zeit staatlicherseits angeordnet und durchgeführt worden sind, sollte sich ein solcher Vergleich verbieten.

Meinungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit sind auch heute in Bayern und in der Bundesrepublik gewahrt. Die Gerichte nehmen ihre Aufgabe wahr, überprüfen auf Antrag die Exekutive und korrigieren von Fall zu Fall deren Anordnungen. Schon mehrfach wurden Maßnahmen ganz oder teilweise für unwirksam erklärt, weil die Exekutive den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt hatte. Solche Vorgänge sind erfreuliche Beweise dafür, dass unser Rechtsstaat auch in einer Ausnahmesituation funktioniert.

### 5. Die Corona-Maßnahmen töten die Wirtschaft:

Ohne Zweifel haben die Corona-Schutzmaßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Allerdings tragen die ergriffenen Maßnahmen in erheblichem Maß dazu, einen erneuten umfassenden

Stillstand zu verhindern! Gerade weil man die mittelständischen Betriebe unbedingt erhalten muss, muss durch vernünftige Vorbeugung ein erneuter „Lockdown“ verhindert werden. Die Einstellung der geltenden Infektionsschutzmaßnahmen würde jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den erneuten Stillstand des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens provozieren.

Für einige Branchen wie die Luftfahrt und den Ferntourismus (z.B. die Kreuzfahrtindustrie) wird die aktuelle Pandemie einen massiven Strukturwandel auslösen, der aber angesichts der furchtbaren Klimagefahren ohnehin überfällig ist.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie sinnvoll und zielführend es ist, nicht nur in Krisenzeiten die Aussagen und Empfehlungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ernst zu nehmen. Freilich sind Wissenschaften immer auch lernende Systeme. Der heutige Stand der Wissenschaften ist nicht "die endgültige Wahrheit für alle Zeiten". Aber Alternativen zu aktuellen evidenzbasierten Erkenntnisssystemen stehen entweder nicht zur Verfügung oder sie sind von recht zweifelhafter Qualität - um es vorsichtig auszudrücken...

Das recht verstandene, kritische Vertrauen in "Wissenschaft als lernendes System" sollte nicht nur in der Pandemie erfolgen, sondern auch auf die globalen Krisen wie Artensterben, Klimaüberhitzung und Hunger und Armut übertragen werden. Einen Impfstoff gegen das Corona-Virus wird es wohl irgendwann geben.

Einen Impfstoff gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und gegen Hunger und Armut werden wir jedoch nie bekommen.

### **Zur Rolle der Parlamente in Corona-Zeiten:**

Derzeit gibt es eine sinnvolle Debatte über die unterschiedlichen Rollen der drei Gewalten. Bekanntlich ist es ein Grundgesetz der Demokratie, dass die Gewalten „geteilt“ sind, also je eigenständige Aufgaben und Zuständigkeitsbereiche haben und auch gewissenhaft erfüllen.

Wenn jetzt nach einer stärkeren Rolle der Parlamente in der Corona-Krise verlangt wird, dann ist das meiner Meinung nach richtig. Aber das Parlament muss seine Aufgabe stärker wahrnehmen, nicht Aufgaben der Exekutive oder der Judikative übernehmen!

Wenn sich im bisherigen Verlauf der Krisenerfahrung und der Krisenbewältigung Defizite in bestehenden Gesetzen gezeigt haben sollten, dann müssen Bundestag und Landtage ran! Dazu wäre im vergangenen Sommer Zeit gewesen. Wenn ich mir vorstelle, welche Mittel die Abgeordneten und die Fraktionen haben – vom wissenschaftlichen Dienst des Parlaments bis zu einem Stab von steuerfinanzierten eigenen Mitarbeitern für jeden Abgeordneten – dann verstehe ich das Gejammer über den Bedeutungsverlust der Parlamente in der Krise nicht so recht:

Konkrete Vorschläge für eine Novellierung des Infektionsschutzgesetzes wurden bis dato meines Wissens nicht vorgelegt. Stattdessen bringt der Gesundheitsminister einen solchen Vorschlag ein – also wieder ist die Exekutive in Aktion, während das Parlament im Selbstmitleid und Jammerzustand verharrt!

Wie gesagt: Die Legislative hätte wohl wirklich Grund, die Gesetzeslage zu überprüfen und sinnvoll zu verändern, weil es ganz neue Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes gibt.

Aber ich sehe keinen Grund, die Gewaltenteilung aufzugeben und Aufgaben der Exekutive auf die Legislative zu übertragen. Das wird nicht funktionieren und das wäre eine Verletzung wichtigster Grundlagen der Demokratie.

Natürlich hat das Parlament auch seine zweite Aufgabe ernsthaft wahrzunehmen: Wirksame und aufmerksame Kontrolle der Exekutive. Auch dazu haben die Abgeordneten vielfältige Mittel. Leider aber ist hier das alte Defizit zu spüren: Die Mehrheit der Abgeordneten, nämlich jene, die die Regierung ins Amt gewählt haben, verspüren kaum Lust zur wirksamen Kontrolle. Das schwächt das Parlament! Die tatsächliche oder angenommene Schwäche der legislativen Gewalt entsteht nicht vorrangig durch die Stärke der Exekutive oder der Judikative, sondern durch eigenes Verschulden der Parlamentarier.

F.d.R.

Klaus Mrasek